



BASTA – wir haben genug. Eine Gruppe von Bürger*innen setzt sich für die Aufklärung rechter Straftaten – insbesondere in Britz / Neukölln – ein.

Offener Brief an
Kommission Neukölln
Frau Leichsenring & Herrn Dr. Diemer
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstraße 47
10179 Berlin

Nachrichtlich an

1. Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung,
2. Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung,
3. Herrn Innensenator Geisel,
4. Herrn Justizsenator Dr. Behrendt,
5. Presse; Initiativen.

Bewertung des Zwischenberichts vom Februar 2021 der Kommission zur Überprüfung der bisherigen Ermittlungsmaßnahmen zur Aufklärung der rechtsmotivierten Straftatenserie in Neukölln (Kommission Neukölln) durch die Initiative BASTA. Basis ist der Prüfauftrag der Kommission gemäß Senatsvorlage Nr. S-3711/2020

Sehr geehrte Frau Leichsenring, sehr geehrter Herr Dr. Diemer,

Ihre Auftraggeber (Innen- und Justizsenator) haben Ihnen sieben Fragenkomplexe mit dem Auftrag zur Prüfung/Beantwortung übergeben. Die Fragen sind eindeutig formuliert – lassen wenig Raum für Umdeutung. Aber für die Expertenkommission unter Ihrer Leitung sind die Fragen offensichtlich gar nicht von Bedeutung – sie werden nicht beantwortet. Sie deuten Ihren Auftrag vielmehr dahingehend um, dass das Vertrauen in staatliche Einrichtungen wiederherzustellen ist. Die eigentlichen Probleme sind von Ihnen schnell identifiziert:

- **Die Presse manipuliert** – stellt Hypothesen auf, Polizist*innen und Rechtsextreme werden vorverurteilt; Vermutungen werden als feststehende Tatsachen präsentiert.
- **Initiativen und Geschädigte** glauben den Behauptungen in der Presse und verlieren dadurch das Vertrauen zu den Ermittlungsbehörden; glaubt uns – nicht der Presse.
- Einzelne betrachtet, handelt es sich um „**nicht so schwere Sachbeschädigungen**“ – alles nicht so schlimm.
- Gestörte **Kommunikation** zwischen Ermittlungsbehörden, Geschädigten und Initiativen sind das eigentliche Problem.

Eigene Ermittlungen/Bewertungen hält die Expertenkommission für nicht erforderlich – der Abschlussbericht der BAO Fokus ist ausgezeichnet – es gibt keine Anhaltspunkte für Beschönigung oder Versäumnisse. Die Berichte der Arbeitsgruppe BAO FOKUS werden ungeprüft übernommen. Die Ermittlungsbehörden haben gute Arbeit geleistet.

Lösungsvorschläge der Expertenkommission:

- Gespräche mit Geschädigten und Initiativen – aber nicht mit allen. Gespräche mit Initiativen und Geschädigten, die immer wieder die Offenlegung der rechten Strukturen in den Ermittlungsbehörden fordern, werden nicht geführt.
- Einbeziehung **ausgewählter** Betroffener in die Präventionsarbeit der Polizei – aber nur dann, wenn die Strafverfolgung dadurch nicht gefährdet wird.

Der Zwischenbericht vom 21.02.2021 ist ein Schlag ins Gesicht für Engagierte, Geschädigte, Initiativen und die Presse. Er sagt uns, NAZIS haben nichts zu befürchten; Engagement gegen rechten Terror lohnt sich nicht. Unser Anliegen wird nicht ernst genommen – oder anders gesagt, es gibt dieses Anliegen gar nicht. Man hält uns offensichtlich für naiv und psychisch belastet. Wir können Hypothesen nicht von Tatsachen unterscheiden. Wir glauben der Presse mehr als den Expert*innen der Polizei.

Die Expertenkommission hat folgende Tatsachen übersehen:

- Die rechtsextremen Straftaten in Neukölln begannen lange vor 2014.
- Wir von BASTA demonstrieren seit dem 02.05.2019 jeden Donnerstag von 8:00 bis 10:00 Uhr vor dem LKA. Wir sind weder naiv noch psychisch belastet.
- Die unzähligen Versuche von BASTA mit den Ermittlungsbehörden (Polizeipräsidentin; Staatsanwaltschaft; Verfassungsschutz; Resin; Fokus; Staatsschutz) ins Gespräch zu kommen, endeten immer damit: „Aus ermittlungstechnischen Gründen können wir keine Auskunft geben“. Interesse besteht nur an den Aktivitäten und dem Wissen von BASTA. Eine einseitige Kommunikation. Die Expertenkommission ist unserer Einladung bisher nicht gefolgt.
- Ein uniformierter Polizist erklärt BASTA bei der DEMO vor dem LKA seine Sicht zu Straftaten durch Rechte. In dieser Rede hat er rechte Gewalt und Rassismus verherrlicht. Viele, mit hoher Wahrscheinlichkeit Kolleg*innen, hören zu; niemand greift ein. Die Staatsanwaltschaft stellt fest: Es liegt keine Volksverhetzung vor. Der Ausgang des eingeleiteten Disziplinarverfahrens ist BASTA nicht bekannt. Der Fall wird von den Expert*innen nicht erwähnt. Befand er sich etwa auf den vielen nicht gelesenen Seiten?
- Rechtsradikale Äußerungen von Polizist*innen in Chats.
- Durch die Medien und den Druck der Engagierten wurden die sogenannten Einzelfälle der rechtsextremen Vorfälle in den Ermittlungsbehörden aufgedeckt. Einzelfall + Einzelfall + Einzelfall + Einzelfall + Einzelfall = System. Es muss von rechtsextremen Strukturen in den Berliner Ermittlungsbehörden ausgegangen werden.
- Eine interne Prüfung bringt nichts: Der TÜV prüft den TÜV und erteilt die TÜV-Prüfplakette.
- In Neukölln agiert eine terroristische Vereinigung. Mindestens drei bekannte Nazis sind auf freiem Fuß.
- 72 Straftaten sind bisher nicht aufgeklärt.

Wir fordern den Innen- und den Justizsenator auf, darauf zu drängen, dass die Expertenkommission den erteilten Auftrag erledigt und nicht die Rolle einer Vermittlerin einnimmt.

Wir sind nicht naiv – wir lassen uns nicht entmutigen – wir machen weiter.

Karin Wüst im Auftrag der Bürgerinitiative BASTA